

Abtreibungszahlen nicht steigen, sondern sinken.

Das werdende Leben als Rechtsgut, so das Fazit, sei außerhalb des Strafrechts besser aufgehoben: „Das klägliche Versagen des Abschreckungsrechts ist manifest.“

Der von seiner Ministerin gerüffelte Justizstaatssekretär Göhner aber ist sicher, daß die Richter das Gesetz nicht durchgehen lassen. Sein Indiz: Aus Karlsruhe kam bereits die Botschaft, daß auch in der Hauptsache noch vor Ende des Jahres entschieden werde. Das gesplante Recht könnte dann, entsprechend dem Einigungsvertrag, einigermaßen termingerecht beseitigt werden – so oder so.

Bundeswehr

Viele bunte Smarties

Die Bundeswehr will weltweit Katastrophenhilfe leisten, zum Ärger ziviler Hilfsorganisationen.

In bunten Blättern schwärmen die Werbetexter der Hardthöhe seit neuestem von Hilfsaktionen in der Dritten Welt: Statt mit todbringenden Waffen hantieren in den Anzeigen junge deutsche Soldaten mit Mehl und Milchpulver.

Die Bundeswehr versucht, junge Männer mit einem neuen Berufsbild zu ködern; out ist die Stahlhelm-Parole „Wir produzieren Sicherheit“. Die neue Devise der uniformierten Nachwuchswerber heißt: „Auch helfen können Sie bei uns lernen.“

Der Lockruf mit dem Einsatz fern der Heimat ist nicht nur Werbegag. Nach dem Verlust ihres klassischen Feindbildes („Die Russen in 48 Stunden am Rhein“) suchen die Bonner Generalstäbler nach neuer Legitimation für ihre „starke Truppe“ (Werbeslogan).

Für Heeresinspekteur Helge Hansen sind die Fronten klar: Kampfeinsätze der Bundeswehr, wie sie manche konservative Politiker befürworten, hält der Drei-Sterne-General in absehbarer Zeit für „eher unwahrscheinlich“. Statt dessen werde die Truppe zu weltweiten „Hilfs- und Katastropheneinsätzen“ ausrücken.

Aber auch damit marschiert die Bundeswehr in gefährliches Terrain. Auf dem zukunftssträchtigen Feld humanitärer Hilfe dulden die privaten karitativen Organisationen keine uniformierte Konkurrenz. Der Kampf gegen die Folgen von Natur- und Hungerkatastrophen verspricht den traditionellen Helfern Profil und Profit.

Im Verein mit dem Auswärtigen Amt und dem Innenminister formieren sich Rotkreuzler und Malteser, Johanniter und Caritas gegen eine, so DRK-Generalsekretär Johann Wilhelm Römer, „Besatzungsmacht der Nächstenliebe“ und kämpfen dabei um ihre Existenz.

Zu ihren Reihen gehört ein Fachmann: Hansjoachim Linde, bis 1986 oberster Sanitäter der Bundeswehr und heute als „Bundesarzt“ in Diensten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), prophezeit einen „unermesslichen volkswirtschaftlichen Schaden“, sollten seine alten Kameraden ins Humanitätsbusiness einsteigen: „Die Bundeswehr saugt das Geld von anderen auf.“ Hilfe in staatlicher Regie, so die Prognose des Generaloberstabsarztes a. D., lasse die

wendigen Anpassungen“ der noch im Kalten Krieg entworfenen neuen Heeresstruktur ein Konzept zur „Erhöhung der Einsatzbereitschaft“ seiner Truppe für Hilfsaktionen „auch außerhalb des Bündnisgebiets“ zu entwickeln: „Spätestens“ am 1. April kommenden Jahres, drängt der Heeresinspekteur, müsse „Einsatzbereitschaft hergestellt“ sein.

Das Zauberwort dabei heißt „schnelle Reaktionskräfte“: Dieselben Infanteristen, Pioniere, Funker und Fallschirmjäger, die der geplanten Eingreiftruppe der Nato zugeordnet werden, sollen wie ihre Kameraden aus dem deutsch-französischen Euro-Korps rund um den Globus als Katastrophenhelfer antreten. Das sei, so ein Ministerialpapier, „von besonderer Bedeutung für die Akzep-



Bundeswehr-Einsatz in Kurdistan: Perfekte Bürokratie

Spendenströme für die zivilen Organisationen versiegen, verschrecke ehrenamtliche Helfer und führe damit zur „Erosion der Privatinitiative“.

Zwar wissen die Militärs um die Probleme; ein interner Vermerk warnt vor „Interessenkollisionen“ mit dem Auswärtigen Amt. Aber „die Stäbe rotieren“, weiß ein Spitzenbeamter.

Gut 70 Einzelreferate der Hardthöhe feilen an Feinheiten einer Richtlinie für „Humanitäre Hilfe, Katastrophenhilfe und andere Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Ausland“. Den Militärs, die gar nicht früh genug zu weltweiten Aktionen aufbrechen können, dauert das Gezänk der Bürokraten zu lange. Sie schaffen Fakten.

So befahl Heereschef Hansen bereits im Februar, „im Vorgriff auf die not-

tanz seitens einer Bevölkerung, deren Bedrohungsgefühl schwindet“.

Der Mehrzwecksoldat der Zukunft kann sich auf allerhand gefaßt machen. Es geht um mehr als um das Verteilen von Grundnahrungsmitteln in exotischen Dürregebieten. Auf dem Dienstplan der noch vertraulichen Heeres-Szenarien stehen „Reaktorunfall, Erdbeben, Großbrand, Flüchtlingshilfe“. Die Samariter im olivfarbenen Drilllich müßten zudem „unter extremen klimatischen und geographischen Bedingungen eingesetzt werden können“. Mehr noch: Sie sollen sogar imstande sein, „das Gefecht unter Guerilla-Bedingungen und den Bedingungen terroristischer Aktionen zu führen“.

Noch in diesem Herbst, so will es Hansen, soll das III. Korps in Koblenz

„Operationspläne“ entwerfen und „Übungen“ vorbereiten – auch im Ausland. Der Kommandierende General in Koblenz kennt sich aus: Peter Heinrich Carstens war zuletzt Kommandeur der Allied Mobile Force, der bisherigen schnellen Eingreiftruppe der West-Allianz. Im Hardthöhen-Jargon heißt sie „Nato-Feuerwehr“.

Die ersten Löschversuche der Generalität endeten allerdings kläglich.

Den rund 300 Millionen Mark, die der Bundeswehreinsatz in Kurdistan verschlang, steht nach Ansicht der Johanniter-Funktionäre Wolf-Dieter Harnisch und Heinz Bitsch „kein vertretbarer Ertrag gegenüber“. Trotzdem neige die Armee dazu, „alles und jedes tun zu wollen“ und, spotten die professionellen Helfer, „zu glauben, auch alles tun zu können“.

Peter Walker, Katastrophenschutzexperte der Liga der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften inspizierte im vorigen Jahr das deutsche Feldlazarett im Iran. Sein Befund: Für 200 Betten geplant, mit 100 Betten aufgebaut, mit maximal 23 Patienten belegt. Zum Zeitpunkt seiner Visite wurden sieben Patienten betreut, davon zwei chirurgisch. Selbst dafür fehlte „genug geschultes Personal“.

Die Militärs widersprechen heftig. Das Gutachten eines Oberstleutnants der Reserve und langjährigen Katastrophenschutz-Sachverständigen in öffentlichen Diensten, über die Bundeswehr-Kurdenhilfe fällt aber noch vernichtender aus als Walkers Kritik:

Nach übereinstimmenden Berichten von Augenzeugen und Vertretern verschiedener Ministerien wurde das Zelt Dorf für 10 000 Personen nur an wenigen Tagen von maximal 600 Flüchtlingen genutzt. Die Zeltkrankenhäuser kamen überhaupt nicht zum Einsatz. Beide Aktionen wurden nach dem Abzug der Bundeswehr am 24. Juni 91 aus Kurdistan zwar zurückgelassen, jedoch kurze Zeit später abgebaut, da sie keine Verwendung fanden.

Die Bundeswehr hatte bei ihren humanitären Missionen in fremden Ländern vor allem mit sich selbst zu tun. „Ein Wasserkopf mit hohen Dienstgraden“ werde verschickt, „lauter Hauptlinge, aber kaum Indianer“, mokierte sich ein Heeresflieger im iranischen Bachtaran. Die Telefone waren mit den Meldungen ans Heeresamt blockiert, das Faxsystem mit zumeist völlig



Rotkreuzhilfe für bosnische Flüchtlinge: Furcht vor Wettbewerb

überflüssigen statistischen Ausarbeitungen für Bonn dauerbelegt.

„Sündhaft teuer“, so das Gutachten des Katastrophen-Sachverständigen, wurden 20 Hubschrauber in den Iran gebracht. 14 wurden nach kurzer Zeit zurückbeordert, „weil sie nicht benötigt wurden“. Die verbleibenden 6 flogen – mit allenfalls 400 Kilo Nutzlast pro Trip – in Flüchtlingslager, die zum größten Teil mit Lastwagen erreichbar waren.

Für die Kurdenhilfe fühlten sich 32 Referate des Bonner Verteidigungsressorts zuständig und nervten den Einsatzleiter, Generalmajor Georg Bernhardt, mit Kompetenzquerelen.

Die 1. Luftlandedivision beklagte in ihrem Iran-Erfahrungsbericht an das Kölner Heeresamt, „daß die Probleme der Koordination und Kooperation auf Kosten der eingesetzten Truppe ausgetragen wurden“. Das Gerangel der Bonner Schreibstuben habe „Zeit und Geld“ gekostet und zu „Mißgriffen“ bei der Wahl der Hilfsgüter geführt.

Erkenntnis der amtlichen Gutachter: Mal transportierten die Bundeswehr-Transalls Winteruniformen der ehemaligen NVA ins heiße Kurdistan, mal flogen sie Mineralwasser und Decken für die Soldaten, während jene Medikamente in Köln-Wahn zurückblieben, die im Katastrophengebiet dringend gebraucht wurden.

Was beim Militär perfekt funktioniert, ist allein die Bürokratie. Dreimal ließ sich ein Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Help“ im Mai vorigen Jahres im iranischen Bachtaran aus der deutschen Feldküche bewirten. Mitte Juli schickte die 1. Luftlandedivision

aus Bruchsal, Abteilung Verwaltung für UGrp Bachtaran, Iran, die Rechnung: „DM 20,25 (DM 6,75 pro Tag)“ für „Gemeinschaftsverpflegung (Abendkost)“.

Genüßlich sammeln und verbreiten die privaten Samariter die Pannen und Pleiten wie die bürokratischen Exzesse der Bundeswehr.

Nur aus Eigeninteresse, hämt das Deutsche Rote Kreuz, habe sich die Bundeswehr auf die „Suche nach dem Mandat des Helfens“ gemacht. Sie gefährde dabei bedenkenlos die „auf Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit aufgebauten Strukturen“ der gestandenen Hilfsorganisationen. Die Barmherzigkeitsprofis fürchten einen knallharten „Verdrängungswettbewerb“ mit einem mächtigen Konkurrenten.

Denn im Spendenbusiness tobt längst ein „Verteilungskampf“ – so die Fachzeitschrift *Bevölkerungsschutz* – zwischen Helfern verschiedener Farben und Fahnen. Mehr als 20 000 Hilfswerke schlagen sich um die rund vier Milliarden Mark, die bereitwillige Deutsche jährlich für mildtätige Zwecke überweisen. Das Diakonische Werk beklagt den „zunehmenden Wildwuchs von Hilfswerken“, die sich aus den Spenden „mit nicht immer nachvollziehbaren Zielen und nicht immer akzeptablen Mitteln bedienen“.

In den klassischen „Einsatzländern“, so referierte DRK-Auslandschef Jürgen Kronberger vor seinem Generalsekretariat, seien „immer mehr Hilfsorganisationen bestrebt, Mittel bei öffentlichen Zuwendungsgebern und bei Spendern einzuwerben“. In Äthiopien zum Beispiel rangeln mehr als 70 private Hilfs-

„Wir können mit Farbbeuteln schmeißen“

Deutsche Marineflieger orten Blockade-Brecher vor Jugoslawien

Das Leben an Bord des zweimotorigen Marineflugzeugs „Breguet Atlantic“ riecht nach Gemütlichkeit. Während die Maschine in 6000 Meter Höhe von Sardinien aus gemächlich in Richtung Jugoslawien fliegt, stärkt sich die Crew mit Salami- und Käsebrötchen. Dazu gibt es frisch gebrühten deutschen Filterkaffee.

Deutsche Soldaten auf dem Flug zu einem Einsatz, der vom Grundgesetz nicht ausdrücklich gedeckt ist.

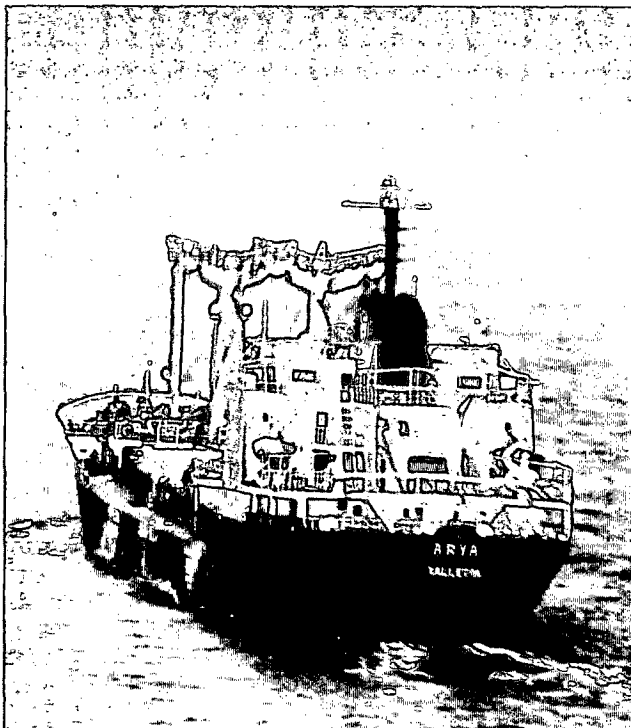
Seit zwei Wochen beteiligt sich die Bundesmarine an der Überwachung des Handelsembargos gegen Rest-Jugoslawien. Der Zerstörer „Bayern“ beendete vergangenen Donnerstag seine Mission und ließ sich im sizilianischen Hafen Augusta von der „Niedersachsen“ ablösen. Am 19. Juli wurden 100 Mann vom Marineflieger-Geschwader 3 „Graf Zeppelin“ nach Sardinien verlegt.

Die drei Aufklärungsflugzeuge der Deutschen sind fast pausenlos im Einsatz – den Männern bleibt kaum Zeit, jene Debatte in Deutschland zu verfolgen, die nach der Legalität ihres Auftrags fragt. Manchem kommt das offenbar nicht ungelegen: „Ich bin Soldat und habe einen Befehl auszuführen“, sagt ein Crew-Mitglied. „Gedanken kann ich mir machen, wenn ich die Uniform ausziehe.“

Gelegenheit dazu hat er in Italien nicht oft.

„Die Soldaten haben großes Vertrauen in ihre militärische Führung“, meint Flottillenadmiral Wolfgang Engelman, 55, der als Vorgesetzter aller deutschen Marineflieger am vergangenen Donnerstag seine Männer besuchte. „Die können sich nicht vorstellen, daß wir sie in ein Abenteuer außerhalb der Verfassung schicken.“

Mag auch die Frage umstritten sein, ob die deutschen Soldaten sich innerhalb oder außerhalb des Grundgesetzes bewegen – sehr gefährlich oder kriegsrisch wirkt der Einsatz der Marineflieger im Mittelmeer nicht. Die „Breguet Atlantic“ hat keinerlei Waffen an Bord, nicht einmal zur eigenen Verteidigung.



Mutmaßlicher Embargo-Brecher „Arya“: Nicht zu stoppen

„Wir können höchstens mit Farbbeuteln schmeißen“, spottet ein Soldat. Die Farbe dient normalerweise zur Gebietsmarkierung, etwa bei der Rettung Schiffbrüchiger.

Der Auftrag der Flieger ist klar umrissen: Sie fliegen im Zickzackkurs über der Adria und registrieren sämtliche Schiffe, die sich dort bewegen. Die zwölfköpfige Crew der „Breguet Atlantic“ hält den Job für reine Routine. Zwei Stunden dauert der Anflug zum Einsatzgebiet. Danach braust der Flieger sechs Stunden lang 300 Meter über dem Meer. Hauptbootsmann Bernd Rühlmann: „Unsere Übungsflüge in der Ostsee waren aufreibender. Wenn wir sowjetische Kriegsschiffe angefliegen haben, wußte man nie, wie die sich verhalten werden.“

Die internationale Aufklärungstruppe – außer den Deutschen beteiligten sich noch Holland, Kanada, Frankreich und die USA an den Flugeinsätzen – darf mögliche Embargo-Brecher nicht stoppen und zur Umkehr zwingen, sondern nur registrieren.

Wenn die Maschine ein Schiff im Visier hat, fliegen die Piloten in knapp 100 Meter Höhe mit rund 300 Stunden-

kilometern am Heck vorbei, damit der Soldat in der Aussichtskanzel Namen und Heimathafen erkennen kann. Die gesammelten Daten übermittelt der Bordfunker an das Hauptquartier in Rom.

„Wir können nur eine Liste der schwarzen Schafe erstellen und öffentlich machen“, sagt Engelman. Für ihn ist der Einsatz deutscher Soldaten eine „gute Gelegenheit, Bündnisfähigkeit zu demonstrieren – auf hoher See und militärisch niedrigem Niveau“. Nie wieder dürften die Deutschen „in die Isolation geraten“, so wie zu Zeiten des Golfkriegs, als sie von den Nato-Partnern als Drückeberger angeprangert wurden.

Um zu beweisen, was in ihnen steckt, sind die Deutschen besonders eifrig: Sie fliegen häufiger als die Verbündeten und kommen bei der Jagd auf Embargo-Brecher der jugoslawischen Küste auch schon mal näher als üblich. Normalerweise halten die Piloten 17 Meilen Abstand zur Küste, 5 mehr als international gebräuchlich.

Als am vergangenen Donnerstag die Meldung aus Rom einging, zwischen Dubrovnik und Split halte ein Schiff auf Jugoslawien zu, war die Crew nicht zu bremsen. Obwohl die Ablösung, eine amerikanische Maschine, bereits in der Luft war, nahmen die Deutschen die Verfolgung des mutmaßlichen Übeltäters auf. Zwei Meilen jenseits der selbstgesetzten Sicherheitsgrenze, die Amerikaner hatten bereits „go back“ gefunkt, fanden die Soldaten das Schiff – den Stückgutfrachter „Arya“, Heimathafen Valetta, Malta, mit Kurs Küste. Seine Ladung können die deutschen Späher nicht ermitteln; sie sind nur für die Abschreckung zuständig.

Offenbar mit Erfolg: Mittlerweile sind Embargo-Brecher die Ausnahme. Zu Beginn der Überwachung meldeten die Soldaten pro Einsatz mehr als 100 Schiffe, die meisten davon harmlos. Jetzt sind weit weniger Schiffe unterwegs, zumeist nahe der italienischen Küste.

Doch wer das Embargo brechen will, kann weiterhin Jugoslawien ungebrems und ungestraft anlaufen.

* Aufgenommen aus einer Bundeswehr-Maschine, am vergangenen Donnerstag 15 Meilen vor der jugoslawischen Küste.

werke, in Bangladesch konkurrieren mehr als 100.

Da kommt die Bundeswehr mit ihrem Potential an Geld und Menschen mehr als ungelegen. Allenfalls „als Spediteur“ (DRK) wie in früheren Jahren soll sich das Militär bei internationalen Katastrophen engagieren dürfen.

Allerdings sind die uniformierten Flieger fünf- bis sechsmal teurer als private Chartermaschinen und damit, so der DRK-Funktionär und Ex-Offizier Klaus Liebetanz, weit jenseits der „Kosten-Nutzen-Grenze“. Auch die Caritas fand auf dem internationalen Chartermarkt noch stets „leistungsfähigere Flugzeuge zu günstigeren Konditionen“ als bei den deutschen Verteidigern.

Bleiben allenfalls Zielorte, etwa derzeit das umkämpfte Sarajevo, die von allen als luftwaffengeeignet gepriesen und von Privatjets gemieden werden. Aber dieses Einsatzfeld ist den Militärs auf längere Sicht zu klein. Sie visieren den globalen Einsatz an, zu humanitären Zwecken, aber „gegebenenfalls mit Sicherung durch Kampftruppen“.

An den Hochschulen der Bundeswehr wird noch weiter in die Zukunft spekuliert: Mit dem Wegfall der Bedrohung aus dem Osten gehe es nun um die „Transformation von Militär in Zivilär“.

Die neue Wortschöpfung „Zivilär“ könnte die Streitkräfte noch bunter machen. Zu den vorhandenen Barets in den Farben der diversen Truppengattungen (Rekrutenjargon: „Bunte Smarties“) sollen nicht nur die „Blauhelme“ der Uno, sondern noch einige „Kap-“ hinzukommen.

Professoren und uniformierte Studenten an der Hamburger Militär-Uni färben das „Zivilär-Korps“ vielfältig ein: „Gelbkappen“ für „Naturkatastrophen aller Art“, „Weißkappen“ für „Industriekatastrophen“, „Grünkappen“ zur „Revitalisierung umweltzerstörter Regionen, Gewässer etc.“.

Da darf auch Rotkäppchen nicht fehlen. Die Truppe mit der roten Mütze soll „nicht-militärischen Existenzgefährdungen“ der Menschheit begegnen und überall auf dem Globus zur „Überwachung weltgesetzlich geschützter Lebensräume“ antreten.

Wie er sich das denn vorstellen sollte, fragte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Wallow, der für seine Fraktion ein eigenes „Friedenskorps“-Modell ausarbeitet, den Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann: „Wollen Sie denn den brasilianischen Regenwald mit ihrer Truppe besetzen, um ihn zu schützen?“

Naumann zögerte kurz. „Um die Sauerstoffreserven unserer Welt zu sichern“, offenbarte der General seine Vision; „wird uns wohl nichts anderes übrigbleiben.“

Stasi

Beweglicher Mensch

Mehrere der angeblichen Mitwisser seiner Stasi-Kontakte, die Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe im Mai präsentiert hatte, sind selbst schwer belastet.

Die DDR-Staatssicherheit legte Wert auf ordentliche Buchführung. Ob sie den Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) mit „Süßwaren“ für 52 Mark lockte oder ihm im Rostocker Centrum-Warenhaus eine Geldbörse für 74 Mark besorgte, ob sie ihm eine

taugt kaum als Kronzeuge: Nach Aktenlage ist er selber schwer belastet.

Ausweislich noch vorhandener Belege erhielt Plath von der Stasi Geld- und Sachgeschenke im Wert von mindestens 6000 DDR-Mark, mal als Anerkennung „für gute inoffizielle Arbeit“, mal zu Festtagen. Für „vorbildliche Einsatzbereitschaft“ wurde Plath 1980 auch ausgezeichnet: mit dem Stasi-Kampforden „Für Verdienste um Volk und Vaterland“ in Bronze.

Bis zum Untergang der DDR, fast 30 Jahre lang, lieferte Plath nach Aktenlage der Stasi fleißig Berichte, „insbesondere zu Tagungen der Konferenz der Kirchenleitungen, der Synoden des Bundes der evangelischen Kirchen“ oder zu sonstigen „kirchenpolitisch bedeutsamen Ereignissen, Erscheinungen und Personen“.



Ministerpräsident Stolpe: Untaugliche Kronzeugen präsentiert?

„Blumenwaage“ für 145 Mark schenkte oder für 135 Mark eine „Fl. Uhr“ spendierte – stets wurden die Belege säuberlich in den Akten abgeheftet.

Abgerechnet wurden „Wodka, Mandarinen, Käse“ aus dem „Delikat“-Laden, vor allem aber „französischer Kognak“ und „Zigarren“. Dem Weinbrand und Nikotin sprach der IM offenbar besonders zu, aber auch Bares nahm er entgegen, was er bisweilen mit seinem Decknamen „Hiller“ quittierte.

Unter diesem Pseudonym, Aktenzeichen I/4844/60, war der Greifswalder Oberkonsistorialrat Siegfried Plath, 60, seit 1. September 1960 bei der Stasi-Betriebsverwaltung Rostock registriert.

Plath ist einer der acht Kirchenmänner, die der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe, 56, am 3. Mai als Mitwisser seiner eigenen Stasi-Kontakte vorgestellt hatte. Doch Plath

Wie Plath scheint auch Hans-Martin Harder, 49, Konsistorialpräsident der vorpommerschen Landeskirche, tief im Stasi-Sumpf zu stecken. In seiner Akte, Registrier-Nummer I/1588/88, finden sich etliche Berichte, nach denen Harder Vorschläge zur „Disziplinierung“ oppositioneller Gruppen gemacht hat.

Vor dem Stolpe-Untersuchungsausschuß des Potsdamer Landtags hatten Harder und Plath im Mai bestritten, jemals wissentlich als IM für die Stasi tätig gewesen zu sein. Doch die Akten stehen im Widerspruch zu den Aussagen, weshalb die CDU-Landtagsfraktion am Mittwoch voriger Woche gegen beide Strafanzeige wegen uneidlicher Falschaussage erstattete.

Harder will erst im April von seinem früheren Rostocker Stasi-Gesprächspartner erfahren haben, daß er als IM „Dr. Winzer“ geführt worden sei – eine